

Auf der 5. Seite: KPD-Fürsorgeanträge im Landtag angenommen

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostfachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang
Dresden, Freitag den 13. Mai 1932
Nummer 111

Der Reichstag aufgefliegen, auf den 6. Juni vertagt

Reichswehrminister Groener zurückgetreten

Die Generäle Schleicher und Hammerstein im Hintergrund . Ein weiterer Schritt zur Generalsdiktatur . Vertärkter Kurs auf Naziminister . SPD stimmt wieder für die Regierung der Notverordnungen

Nachdem in der gestrigen Vormittagssitzung des Reichstages das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt war, kam es infolge eines heimtücklichen Ueberfalls von Nazionabgeordneten auf den Journalisten Klotz, zu Tumulten und mehrfachen Unterbrechungen der Sitzung. Am Nachmittag wurde plötzlich mitgeteilt, daß Groener seinen Rücktritt als Reichswehrminister erklärt habe. Vorher waren die Generale von Schleicher, von Hammerstein, der Chef der Reichswehr, sowie der Chef der Marineleitung Admiral Raeder beim Reichspräsidenten von Hindenburg erschienen, um ihm zu erklären, daß Groener nicht mehr das Vertrauen der Reichswehr beziehe. Inwieweit dieses Ultimatum der Generalität erklärte Groener keinen Rücktritt. Was der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswehrministeriums ist vorläufig der Admiral Raeder beauftragt worden. Groener soll aber Reichsinnenminister bleiben.

Der Rücktritt Groeners hat hochpolitische Ursachen. Seit Monaten drängt die Komintern im Reichswehrministerium, vor allem die Generäle Schleicher und Hammerstein auf eine noch härtere und engere Heranziehung der Nazis. Die jetzige Besetzung Raeders, der als extremer Reaktionsist von monarchistischer Gesinnung bekannt ist, zeigt die verstärkte Tendenz zur Generalsdiktatur und die weitere Isolierung der Regierung.

Die Kabinettskrisen in Katen, deren Ausbruch Warminghans Austritt und jetzt Groeners Teiltritt ist, sind Hindenburg-Brüning durch immer härtere Heranziehung der Nazis zu beheben. Ein Kurs, der die völlige Unterstützung der SPD findet.

Löbes Hilfe für die Nazis

In der am Nachmittag stattgefundenen Wehreratssitzung beantragte der sozialdemokratische Präsident Löbe, den Reichstag bis zum 6. Juni zu vertagen, was auch beschlossen wurde. Der Zweck ist klar. Die SPD, die in der Plenarsitzung erneut für die Brüning-Regierung stimmte, will mit dieser Fortsetzung der Regierung die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, die sich ihrer Umbildung in den Weg stellen. Die Kommunisten enthalten diese Hintergründe der Vertagung durch ihren Rückzug, den Genossen Torgler, der erklärte:

Man vertagt den Reichstag, um unter weitläufiger Ausweitung des Parlaments die Schwierigkeiten des Kabinetts zu überwinden und weitere Hungerstreikverordnungen vorzubereiten, um Brüning freie Bahn für die kaiserlichen Verhandlungen mit dem französischen und englischen Imperialismus zu machen, während man gleichzeitig in Preußen, ungeachtet der Reichstagsabstimmungen die Koalition zwischen Zentrum und Nazis vorbereiten kann.

Die jetzige Regierungsstrategie hat ihre Ursache in den Schwierigkeiten der kapitalistischen Klasse Deutschlands, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Das deutsche Proletariat darf den herrschenden Mächten nicht erlauben, die Frage der Regierungsumbildung zu einer parlamentarischen Kombination zu machen, es muß ein Nachwort sprechen, um den reaktionären Kohn- und Wehringhausbaukurs außerparlamentarisch zu brechen.

Verlauf der Reichstagsitzung

Während im Plenum des Reichstages die Sozialdemokratie der Regierung Brüning erneut ihr Vertrauen ausprobiert und damit alle Notverordnungen einschließlich des Verbots der proletarischen Freidenker bekräftigte, während die SPD-Führer ihre Macht bei aktiver Unterstützung der Brüningdiktatur durch ihre Zustimmung forsetzten, wurde im Reichstagsparlament und auch später in der Wandelhalle der Journalist Klotz von nationalsozialistischen Abgeordneten heimtücklich überfallen und mißhandelt.

Klotz war ehemals Spitzenkandidat der Hitlerpartei in Katern. In der letzten Zeit führte er einen Enttarnungskampagne der Korruption und die Politik der NSDAP, wobei er besonders kompromittierende Enthüllungen über den Stabschef der SA, Hauptmann Köhn, machte.

Wahr als ein Duzend Naziabgeordnete unter der Führung des berühmten Fremdenräters vom Freikorps Koppach, Leutnant Bernas, schlug Klotz in den Wandelgängen des Reichstages nieder.

Nach einer zweimaligen Unterbrechung des Reichstages verzögerte Löbe, der zuerst keinerlei weitreichende Schutzmaßnahmen gegen die nationalsozialistischen Banditen durchzuführen

Rachejustiz gegen Reichsbannerarbeiter

Unerhörtes Zuchthausurteil gegen Großenhainer Reichsbannerproleten . Die KPD-Landtagsfraktion verlangt Aufhebung des Terrorurteils . Formiert die kämpfende außerparlamentarische Einheitsfront gegen Naziterror und Klassenjustiz

Vom gemeinsamen Dresdener Schöffengericht wurde gestern in Großenhain das Urteil gegen sieben Reichsbannerarbeiter gefällt, die einen laichlichen Ueberfall abgewehrt hatten und deshalb von der Klassenjustiz angeklagt wurden. Gegen vier der Angeklagten wurden wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung 5 Jahre und 3 Monate Zuchthaus verhängt. Die drei übrigen Angeklagten erhielten außerdem anderthalb Jahre Gefängnis.

Mit diesem ungeheuren Klassenurteil beweisen Anklageprozeß und Richter erneut ihre unheilbare Verbundenheit mit den Hitlerfaschisten, denn sie haben alle Belastungszeugen vereidigt und das Urteil auf ihre Aussagen gestützt, obwohl letztere, daß ein großer Teil von ihnen aktiv als Nazis an den Zusammenhängen beteiligt waren und von anderen Zeugen auf das schwerste belächelt wurden.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat sofort nach Bekanntwerden des schändlichen Racheurteils folgenden Antrag im geistigen Plenum des Landtages eingebracht:

- Der Ausgang des Prozesses in Großenhain gegen die Arbeiter, die dort gegen den nationalsozialistischen Terror kämpften, kennzeichnet den Charakter der laichlichen Klassenjustiz.
- Die in der Abwehr kämpfenden Reichsbannerarbeiter wurden zu unerhörten Zuchthausstrafen verurteilt.
- Der Arbeiter Perling erhielt 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, der Arbeiter Pöhlitz 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, die Arbeiter Reil und Lehmann je 1 Jahr Zuchthaus. Weitere Arbeiter wurden zu unerhörten hohen Gefängnisstrafen verurteilt.
- Das Urteil ist eines der ungeheuerlichsten Schreckensurteile, das die Arbeiter davon abhalten soll, sich gegen den Naziterror der Nazis zu wehren. Das Urteil zeigt die Entwürdigung der Justizfunktion in der Justiz. Die gesamte Arbeiterklasse wird dieses Urteil mit gewaltiger Empörung und Entrüstung zur Kenntnis nehmen.
- Die Arbeiter werden in allen Betrieben, auf allen Straßenpostämtern, in allen Werkstätten, in den Organisationen, in denen Arbeiter sind, gegen dieses Urteil protestieren und Kampfschlüsse zum gemeinsamen Kampf gegen die Klassenjustiz bilden, den gemeinsamen Kampf gegen die Terrorurteile gegen die Arbeiter anzuschärfen.
- In den Betrieben beantragen wir: Der Verband solle beschließen:

- Der Verband spricht seine Entrüstung über das Klassenurteil von Großenhain aus und fruchtigst dieses Urteil als ungeheuerliches politisches Schandurteil;

Die Regierung wird beantragt, die Strafe gegen die verurteilten Arbeiter sofort aufzuheben.

Dieser Antrag ist ein Appell an die gesamte laichliche Arbeiterklasse. Das Großenhainer Urteil ist keine Zufälligkeit. Die Nazis der Schiedsregierung fällten es wenige Tage, nachdem im Sachlichen Landtag über das Kapitel laichliche Justiz diskutiert wurde und demonstrierten damit, daß sie sich den Teufel um die Arbeitslosen kümmern, die die SPD-Führer im Parlament heulten. Schon bei dieser Landtagsdebatte haben die Kommunisten darauf hingewiesen, daß es im Charakter der laichlichen Schiedsregierungen des Kapitalismus und seines Staatsapparates liegt, mit größerer Schärfe gegen die Arbeiterklasse vorzugehen.

In der gestrigen Sitzung hat unser Genosse Kenner darauf hingewiesen, als das vereinigte laichliche Bürgertum die Verhandlung des Antrages in der nächsten Sitzung ablehnt, daß durch die Verurteilung der Reichsbannerarbeiter, SPD-Parteiern gegen den Willen ihrer verräterischen Führer die rote Einheitsfront mit den proletarischen und kommunistischen Arbeitern bilden werden, um nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen die Ursachen solcher Prozesse zu kämpfen.

Die Ursache ist der auf dem Boden des Kapitalismus, auf dem Boden seiner, von den SPD-Führern verteidigten Republik gemachte Hitlerfaschismus. Die Ursache ist der Kapitalismus selbst und kein beispielloser Hungerstreik gegen die Werktätigen. Tagelang ist die rote Einheitsfront! Formiert die Reihen in Betrieb und Stempelwerke, in Dorf und Stadt, eine Welle des flammenden Proletes muß durch das ganze Land gehen. Begreift, daß das Urteil eine Maßnahme der laichlichen Bourgeoisie ist, die durch die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse überwunden werden muß.

wollte, dabei aber sogar auf den Widerspruch der eigenen Fraktion sich gegen Heines und drei weitere Naziabgeordnete den Ausschluß auf 30 Sitzungstage. Als die ausgeschlossenen Nazis sich weigerten, den Saal zu verlassen, erklärte Löbe die Sitzung für geschlossen.

Nach der Räumung der Tribünen rüdte ein Polizeikommando ins Plenum des Reichstages, um die vier an dem Ueberfall beteiligten Nazi-Abgeordneten aus dem Saal zu führen.

Der Reichstagspräsident Löbe und die Regierung beantragten die Vergänge im Reichstag, um allen weiteren lästigen Abstimmungen zu erliegen. Die kommunistischen Anträge für die Ermittelung, gegen das Freidenker- und KPD-Verbot, alle außerpolitischen und sozialpolitischen Vorkräge der KPD sollen nicht mehr zur Abstimmung kommen. Dieser Vertagungsplan war auch ein großer Schaden für die Nazis. Sie können sich bei einer Reichstagsveröffnung am die Abstimmung bei den kommunistischen Anträgen gegen das Finanzkapital, auf Streichung der Jugendzählungen und Austritt aus dem Völkerverbund freuen.

So arbeiten sich das sozialdemokratische Reichstagspräsidium, die Regierung Brüning und die Nationalsozialisten gegenseitig in die Hände.

Wir haben in Deutschland 6 1/2 Millionen Arbeitslose. Nach dem Antrag Ester sollen vielleicht 12000 verheiratete Beamten entlassen werden. Wenn diese berufstätig sind, haben in ihrem Haushalt ungefähr 400 andere Menschen Arbeit. Es bleiben nur 100 neue Arbeitsplätze übrig und, deshalb verlieren Sie Ihre eigene Beschäftigung, von der Sie erwarten, daß andere sie ersetzen. Nur diese 100 Arbeitsplätze werden zu vergeben. Sie der größeren Arbeitslosigkeit das Recht auf Arbeit, wenn sie nicht bereit ist, im Jobbet zu leben (Gehet wahr! bel den Komm.) Es geht aber nicht um diese 100 Arbeitsplätze, es geht grundsätzlich um die Gleichberechtigung der Frau, gegen die alle diejenigen sind, die diesem Antrag zustimmen. (Zurufe von den Sod.) Es geht weiter um eine Entlohnungssteigerung für den Kapitalismus.

In der Mittwochsabenddiskussion hat Genosse K e n n e r eine großangelegte Rede gehalten, in der er mit Brüning, den Sozialdemokraten und den Nazis abrechnete. Er schloß seine einflussvolle Rede mit folgenden Satz:

Ich möchte schließen mit einem Wort, das Karl Marx gesagt hat: Man konnte vielleicht ein Schiff voller Karren eine gute Weile vor dem Wind treiben lassen; aber seinen Schiffschiffen es unter allen Umständen eben darum zu sein, weil die Karren dies nicht glauben. Und dieses Schiff ist die Revolution, die uns bevorsteht. (Sturmischer Beifall und Heulen der Arbeiter der Kommunisten.)

Gleichberechtigung der Beamtinnen

In der Donnerstagstagung fand u. a. auch ein Antrag zur Beratung, wonach in Zukunft die verheirateten weiblichen Beamtinnen aus dem Dienst entlassen werden. Für diesen reaktionä-

nären Antrag stimmte die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Den ablehnenden Standpunkt der kommunistischen Fraktion begründete die Genossin K e f f e, die in glänzender Rede unter vielem ausführt:

In der Mittwochsabenddiskussion hat Genosse K e n n e r eine großangelegte Rede gehalten, in der er mit Brüning, den Sozialdemokraten und den Nazis abrechnete. Er schloß seine einflussvolle Rede mit folgenden Satz:

Ich möchte schließen mit einem Wort, das Karl Marx gesagt hat: Man konnte vielleicht ein Schiff voller Karren eine gute Weile vor dem Wind treiben lassen; aber seinen Schiffschiffen es unter allen Umständen eben darum zu sein, weil die Karren dies nicht glauben. Und dieses Schiff ist die Revolution, die uns bevorsteht. (Sturmischer Beifall und Heulen der Arbeiter der Kommunisten.)